



Postulat

Bewusstsein für eine verantwortungsvolle Public Corporate Governance schärfen

Die verschiedenen Rollen des Staates als Gesetzgeber, Eigner, Gewährleister, Regulierer, Leistungsbesteller und Leistungserbringer können bei Beteiligungen zu Spannungsverhältnissen und Interessenskonflikten führen. Dies ist auch auf städtischer Ebene zu beachten. Nämlich dann, wenn Stadtvertretungen mehrere Interessenvertretungen gleichzeitig wahrnehmen (müssen), was zu einem Zielkonflikt führen kann. Die bisherige Handhabung und im Speziellen die kürzlich bekanntgegebene Neubesetzung von Verwaltungsräten haben gezeigt, dass im Beteiligungsmanagement der Stadt Luzern nach wie vor der Wurm drin ist. Die Postulantinnen und Postulanten sind sich nicht sicher, ob die vom Stadtrat vorgeschlagenen Korrekturmassnahmen wirklich in die richtige Richtung gehen. Vor allem bei tatsächlich vorliegenden Mehrfachrollen gewisser Stadtvertretungen besteht in den Augen der Postulantinnen und Postulanten noch Handlungsbedarf. Denn bei den Mehrfachrollen sind alle Engagements zu beachten, auch jene, die ausserhalb der Anstellung bei der Stadt sind. Es widerspricht einer verantwortungsvollen Public Corporate Governance, wenn eine Stadtvertretung gleichzeitig die Rollen der Leistungsbestellerin und der Leistungserbringerin innerhalb einer Beteiligung wahrnimmt. In erster Linie soll immer die effiziente Erfüllung der Ziele der Eignerstrategie sowie der jeweiligen Leistungsvereinbarungen mit der Stadt Luzern angestrebt werden.

Wir bitten den Stadtrat deshalb um eine Prüfung bei allen Stadtvertretungen in Beteiligungen, ob solche Spannungsverhältnisse und Rollenkonflikte vorliegen. Im Sinne einer verantwortungsvollen Public Corporate Governance sind allenfalls personelle Neubesetzungen vorzunehmen.

Weiter bitten wir den Stadtrat sicherzustellen, dass der Verwaltungsrat von städtischen Unternehmen analog der Privatwirtschaft nach fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen ausgewählt werden, um die Effektivität und die Effizienz innerhalb des Unternehmens sicherstellen zu können. Der Stadtrat soll insbesondere prüfen, wie er inskünftig den fachlichen Kompetenzen sowie der Diversity bei der Besetzung von notwendigen Stadtvertretungen einen grösseren Stellenwert beimessen kann. So müssen gewisse Kompetenzen wie z.B. Branchenwissen, Finanzwissen und Rechtswissen durch den Verwaltungsrat abgedeckt werden können.

Für die optimale Weiterentwicklung der städtischen Betriebe ist ein qualitativ gut zusammengesetzter Verwaltungsrat mit allen fachlichen Anforderungen und einer guten Diversity zentral. Die mögliche direkte politische Einflussnahme durch den Stadtrat oder durch eine Stadtvertretung soll bei der Besetzung zweitrangig sein. Auch auf eine Einsitznahme durch eine Stadträtin oder einen Stadtrat soll inskünftig verzichtet werden, wenn die fachlichen Anforderungen nicht durch diese Person abgedeckt werden können.

Marco Baumann, Sonja Döbeli Stirnemann und Damian Hunkeler
namens der FDP-Fraktion